

Akten zugeklappt

von Frank Saltenberger

Anspacher Ausschuss kann sich nicht auf gemeinsame Formulierung einigen

Der Akteneinsichtsausschuss zur Windkraft hat nach neun Sitzungen seine Arbeit beendet. Auf eine gemeinsame Formulierung konnte man sich zwar nicht einigen, dennoch wird das Parlament einen Ergebnisbericht vorgelegt bekommen.

Neu-Anspach. Außer „kleineren administrativen Mängeln“ ist dem Bürgermeister und dem Magistrat in Sachen Windkraft nichts vorzuwerfen, ansonsten wurden die Verhandlungen ordnungsgemäß geführt. Zu diesem Ergebnis kommt mehrheitlich der Akteneinsichtsausschuss in seiner Abschlussitzung. Zum neunten Mal tagte er am Freitag und zwar öffentlich. Rund 40 Zuhörer waren ins DGH Hausen gekommen, wo die elf Ausschussmitglieder sowie weitere Stadtverordnete und Magistratsmitglieder zum Teil heftig debattierten.

Einstimmig sprach sich der Ausschuss nicht für den aus vorformulierten Fragen und entsprechenden Antworten der vorangegangenen Sitzungen zusammengefassten Bericht aus, den der Vorsitzende Dr. Jürgen Göbel (SPD) dem Gremium vorlegte. Die b-now, die den Ausschuss gefordert hatte, brachte einen eigenen Bericht ein, den Bernd Töpferwien, unterstützt von Artur Otto sowie Klaus Golinski, begründete. Sie sehen beim Zustandekommen des Gestattungsvertrags, dem das Interessenbekundungsverfahren vorausging, zahlreiche Mängel und Risiken zum Nachteil der Stadt sowie Nachlässigkeiten von Verwaltung, Magistrat und Parlament bei ihren Entscheidungen.

„Viele haben sich nicht mit dem Vertrag befasst“, war eine Vorhaltung Töpferwiens. Dem widersprach Stadträtin Jutta Bruns (Grüne): „Ich weise auf das entschiedenste zurück, dass Sie uns und dem Parlament unterstellen, unfähig zu sein“, sagte sie und weiter: „Sie erstellen hier ein Bild, um den Vertrag loszuwerden und eines, als ob Sie damals die Macht gehabt hätten. Haben Sie aber nicht. Wir wollten den Vertrag und dessen schämen wir uns nicht.“

Auch andere kritisierten den b-now-Berichtsentwurf: „Sie beziehen sich auf nicht vorhandene Unterlagen“, so Regina Schirner (Grüne), und: „Was Sie woanders her haben, hat hier nichts zu suchen“, so Gudula Bohusch (FWG-UBN) forsch. Töpferwien räumte ein, dass sich der eigene Bericht auf „Informationen, die nicht in den Akten sind“, stützt, wollte sie aber als Ergänzungen und „Fakten“ berücksichtigt wissen, womit er allerdings auch bei Ulrike Bolz (CDU) auf heftigen Widerstand stieß: „Wo Sie die her haben, ist mir Wurscht“, ließ sie den b-now-Fraktionsvorsitzenden abblitzen.

Der Ausschussvorsitzende Göbel zeigte zwar ein gewisses Verständnis für eine nicht so enge Abgrenzung der Quellen, hatte aber gleichzeitig Bedenken: „Es kann nicht sein, den Gegenstand so weit auszudehnen, bis es einem gefällt“, sagt er, denn es sei ein Akteneinsichtsausschuss und kein Untersuchungsausschuss.

Bei anfänglicher Unsicherheit, ob über beide Berichte zu beschließen oder abzustimmen sei, wurde ihm die Sachlage im Verlaufe der Sitzung doch klarer: „Der Mehrheitsbericht entspricht dem, was wir hier beschlossen haben“, blieb er bei dem Ergebnis der vorangegangenen Sitzungen, so dass der „Minderheitenbericht“ dem Protokoll anheimfiel.

Göbel steuerte vor der Aussprache noch eine neue Information bei, die als Beleg ins Feld geführt wurde, dass die Süwag sich vor dem Ausstieg als Vertragspartner der Stadt, gegenüber der Betreiberfirma Juwi vertraglich an das Projekt gebunden hatte. Der Ausstieg habe kartellrechtliche Hintergründe gehabt. Nach „stilistischer Finalisierung“, so Göbel, werde er den Bericht dem Stadtverordnetenvorsteher zuleiten, damit er auf der Stadtverordnetenversammlung am 15. August behandelt werden könne.

Hermann Schaus (Linke) hatte einige redaktionelle Änderungswünsche, kam aber nicht in allen Punkten durch. Breite Zustimmung bekam er für den Dank, den er dem Ausschussvorsitzenden, der die Sitzungen mit Bedacht umsichtig und neutral geleitet habe, aussprach.

Artikel vom 08.08.2016, 03:00 Uhr (letzte Änderung 08.08.2016, 02:56 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/hochtaunus/usinger-land/Akten-zugeklappt;art48706,2151566>

© 2016 Frankfurter Neue Presse